

führt werden, in denen mit Hilfe der Entfaltung der Kritik und Selbstkritik zu ihrer Arbeit in dem Apparat der VdGB (BHG) Stellung genommen wird und konkrete Beschlüsse zur Verbesserung der politischen und organisatorischen Arbeit — die für alle Genossen der Betriebsparteiorganisation, ganz gleich an welcher Stelle des Betriebes sie arbeiten, gültig sind — gefaßt werden. Eine erfolgreiche Massenaufklärung hängt entscheidend von der ideologischen Klarheit jedes einzelnen Genossen ab. Deshalb ist die Durchführung einer systematischen marxistisch-leninistischen Schulung der Mitglieder und Kandidaten eine entscheidende Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Parteiarbeit.

Wie kann das geschehen?

Die Genossen aus der Leitung der Geschäftsstelle der VdGB (BHG) werden beauftragt, über ihre Tätigkeit als Genossen innerhalb ihres Arbeitsgebietes Bericht zu erstatten. Dieser Bericht muß eingehend diskutiert werden. Aus den Schlußfolgerungen ergeben sich dann konkrete Beschlüsse zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation, die für alle Genossen Mitarbeiter des Apparates der VdGB (BHG) bindend sind.

Dafür ein Beispiel: Wir stehen augenblicklich vor der wichtigen Aufgabe der Vorbereitung und Einbringung der Ernte. Die VdGB (BHG) trägt für das rechtzeitige und verlustlose Einbringen der Ernte und der Erweiterung des Zwischenfruchtanbaus zur Verbesserung der Futtergrundlage eine große Verantwortung. Für die Betriebsparteiorganisationen der Apparate der VdGB (BHG) muß es doch selbstverständlich sein, zu diesem wichtigen Problem Stellung zu nehmen, denn es kommt doch darauf an, die gesamte Erntekampagne und die Popularisierung des Zwischenfruchtanbaues ideologisch vorzubereiten und während der Erntearbeiten die Aufklärung weiter durchzuführen. Das heißt, daß sich in diesem Falle die Parteiorganisation mit dem Beschluß des Sekretariats der SED vom 28. Mai 1951 über „Die Aufgaben der Partei bei der Vorbereitung und Einbringung der Ernte“ beschäftigen muß, um festzulegen — mit Datum und Verantwortlichkeit —, wie sie diese Entschließung innerhalb ihres Betriebes verwirklichen können.

Ähnlich muß die Parteiorganisation an die Lösung anderer Fragen herangehen. Sei es der Abschluß von Schweinemastverträgen, die Bildung von Gemeinschaften oder die Mobilisierung innerer Reserven. Für jede zu lösende Frage ist die Aufklärung der Massen entscheidend.

Die Aufklärung der Massen, verbunden mit der Realisierung der Beschlüsse unserer Partei, das muß das Leitmotiv der Arbeit der Parteiorganisationen und jedes einzelnen Genossen sein. Um aber eine ständige systematische Erziehungs- und Aufklärungsarbeit leisten zu können, ist es notwendig, nach einem genauen Plan, in dem die Hauptaufgaben festgelegt und konkretisiert sind, zu arbeiten. Das heißt also, daß jede Parteiorganisation sich einen Arbeitsplan entwickelt, der konkrete Aufgaben enthält, die Verantwortlichen für die Lösung derselben zu einem bestimmten Termin festlegt und die Kontrolle der Durchführung vorsieht.

Bei dieser wichtigen Arbeit brauchen die Betriebsparteiorganisationen aber eine starke Hilfe durch die Genossen der Kreis- oder Landesleitung, die sie durch seminaristische Beratungen — in diesem Falle mit den Parteileitungen in den Apparaten der VdGB (BHG) — am besten erhalten können.

Es muß uns gelingen, das Vertrauen der Massen zur Partei zu stärken und den Kampf um den Frieden noch entschlossener als bisher zu führen und dazu ist es notwendig, die Arbeit unserer Betriebsparteiorganisationen entscheidend zu verbessern.

K a r l G ö t z

man vom erfolgreichen Kampf des deutschen Volkes für den Frieden nicht überzeugt ist. In einer Mitgliederversammlung der „Wasserwerke und Mühlenbau“, Pankow, waren zehn von zwölf Genossen der Ansicht, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland in diesem Jahr nicht erreichbar sei. Sie setzten ihre ganze Hoffnung auf die bewaffnete Stärke der Sowjetunion und einen eventuellen Separatfrieden zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik.

Eine der Ursachen für das am ersten Tage der Volksabstimmung in Erscheinung getretene Zurückbleiben der Abstimmungsbeteiligung Berlins hinter den Ländern der Republik ist diese sektiererische Haltung einiger unserer Genossen. Am zweiten Wahltage betrug die Wahlbeteiligung in Berlin 78 Prozent; in der gleichen Zeit hatten in allen Ländern der Deutschen Demokratischen Republik schon über 90 Prozent der Stimmberechtigten abgestimmt. Das zeigt uns, daß es unsere Berliner Parteiorganisation noch nicht genügend verstanden hat, alle Kreise der Bevölkerung wirklich ernsthaft in die Diskussion über die Volksbefragung einzubeziehen. Unsere Genossen haben es nicht vermocht, der Bevölkerung die Bedeutung der schon am ersten Tage abgegebenen Stimmen klarzumachen.

So beweist auch die Volksbefragung, daß jedes sektiererische Verhalten die Erfolge der Arbeit unserer Partei beeinträchtigt. Die Berliner Parteiorganisation sollte die unerläßlichen Schlußfolgerungen aus diesen Tatsachen ziehen und die zutage getretenen, falschen Einstellungen einiger Genossen zu überwinden versuchen. Das ist besonders wichtig, da der Westberliner Zentrale Volksbefragungsausschuß beschlossen hat, die Volksbefragung in Westberlin über den 6. Juni hinaus fortzuführen.

Alle Kreisleitungen sollten feststellen, in welchen Grundorganisationen sich solche sektiererischen Tendenzen gezeigt haben, um mit den betreffenden Genossen über ihre falsche Haltung eingehend zu diskutieren. Dabei genügt es nicht, nur die Folgen dieser falschen Haltung aufzuzeigen, sondern man muß den Genossen helfen und ihnen an Hand der zahlreichen, guten Beispiele den Weg zu richtiger Arbeit zeigen. Die Abstimmungsbeteiligung und das Abstimmungsergebnis der einzelnen Stimmbezirke wird den Kreisleitungen helfen, Quellen des Sektierertums aufzudecken und Maßnahmen zur Überwindung dieser Schwächen zu ergreifen.

Aber auch die Grundorganisationen sollten ihre eigene Arbeit selbstkritisch überprüfen und die auf getretenen falschen Einstellungen einzelner Genossen vor der Gruppe, zum Nutzen aller Genossen, behandeln und klären. Eine große Aufgabe fällt dabei den Grundkommissionen zur Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten zu. Die Mitglieder der Kommissionen sollten in ihren Diskussionen mit den Genossen, die überprüft werden, die Frage der Massenarbeit, der Agitation unter den Massen, an Hand der Erfahrungen aus der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung, behandeln.

Das sorgfältige Aufdecken und Klarlegen der Quellen des Sektierertums und seine konsequente Bekämpfung, das Herausstellen vorbildlicher Beispiele der richtigen ideologischen und praktischen Arbeit, verbunden mit den sich daraus ergebenden neuen Aufgaben, werden zur Überwindung der noch vorhandenen ideologischen Schwächen beitragen.

Auch die Abteilung Propaganda der Landesleitung der SED Groß-Berlin sollte die Genossen in ihrem Kampf gegen das Sektierertum noch besser unterstützen. In Kurzkonsultationen, in den Zusammenkünften der Propagandisten, in den Seminaren für Zirkelleiter und Lehrer der Politischen Grundschulen sollte im Rahmen der zu behandelnden Themen auch der ideologische Kampf gegen das Sektierertum geführt werden, denn das Sektierertum hemmt die Schlagkraft unserer Partei und die Herstellung der Aktionseinheit in ganz Berlin.